



Israels umstrittene Tötungspolitik

Von Naomi Bubis

Die große Mehrheit der Israeli ist für die präventive Tötung mutmaßlicher Terroristen. Bei einer von der Tageszeitung „Haaretz“ veröffentlichten Umfrage sagten 68 Prozent der Befragten, der - gescheiterte - Anschlag auf den geistlichen Führer der Hamas, Scheich Yassin, sei gerechtfertigt gewesen. In einer Umfrage des israelischen Dahaf-Instituts vom Freitag sprachen sich 60 Prozent der Israeli für die Ausweisung oder Tötung Arafats aus. Selbst in den Reihen der Arbeitspartei gibt es viele Politiker, die die gezielten Tötungen der israelischen Armee unterstützen. Es sind die üblichen Stimmen, die Kritik an der Praxis üben: der 80-jährige Friedensaktivist Uri Avnery etwa, Jossi Sarid von der linken Meretz-Partei oder der Schriftsteller und Gründer der Peace-Now-Friedensbewegung, Amos Oz. Im Januar 2002 beantragten israelische und palästinensische Menschenrechtsgruppen beim Obersten Gerichtshof in Jerusalem eine einstweilige Verfügung gegen die gezielte Tötung palästinensischer Extremisten durch die israelische Armee. In ihrer Petition bezichtigten sie Regierung und Armee des staatlichen Terrors und fordern, die mutmaßlichen Terroristen gefangen zu nehmen und vor ein Gericht zu stellen. Im Juli dieses Jahres hat der Oberste Gerichtshof die einstweilige Verfügung der Menschenrechtler zurückgewiesen. Das bedeutet, die Armee kann ihre

präventiven Tötungsaktionen gegen palästinensische Militante im Westjordanland und im Gazastreifen bis zur Urteilsverkündung ungestraft fortsetzen. Die Regierung von Ministerpräsident Sharon rechtfertigt die Liquidierungen mutmaßlicher Terroristen, da es die palästinensische Regierung unterlasse, gegen die Terrororganisationen eigenhändig vorzugehen.

Die Tötungsaktionen widersprechen dem internationalen Kriegsrecht, den internationalen Menschenrechtskonventionen und dem israelischen Strafrecht, erklärt der Anwalt Michael Sfard. Die Petition richte sich nicht gegen die Tötung „tickender Bomben“, jener Selbstmordattentäter, die bereits auf dem Weg sind, einen Anschlag zu verüben, erklärt er. Es gelte aber, mutmaßliche Terroristen rechtlich zu schützen, die in ihrer Wohnung saßen oder einfach über die Strasse gingen, erklärt Sfard. Auch Terroristen müsse der Prozess gemacht werden, statt sie mit lasergesteuerten Raketen umzubringen.

Die erste gezielte Tötung fand im November 2000 in der Nähe von Bethlehem im Westjordanland statt. Ein israelischer Apache-Helikopter feuerte eine Rakete auf das Auto des Führers der Tanzim-Miliz, Abayat, ab und tötete ihn. Laut Statistik der Menschenrechtler hat Israel zwischen November 2000 und April dieses Jahres 175 Tötungsaktionen

ausgeführt. Dabei wurden 235 Palästinenser getötet und 310 verletzt, unter ihnen etliche Zivilisten. Sfard fordert Israel dazu auf, die Terroristen zu besiegen, ohne die eigene Menschlichkeit zu verraten. Nach der ersten Anhörung letzten Jahres hatte der Oberste Gerichtshof die Regierung angewiesen, innerhalb von 60 Tagen einen juristischen Bericht über den legalen Status der gezielten Tötungen zu erstellen. In dem Dokument bezeichnet Staatsanwalt Shai Nitzan die Tötung von Terroristen, die nachweisbar direkt in Anschläge oder deren Vorbereitung verwickelt sind, als legal. Seine Argumentation? Israel befinde sich seit Ausbruch der gewalttätigen Auseinandersetzung mit den Palästinensern im September 2000 in einem Kriegszustand mit Terrorgruppen wie der Hamas und dem Islamischen Jihad, die die Zerstörung des jüdischen Staates propagierten. Auch Nitzan beruft sich auf internationales Kriegsrecht: Im Krieg dürften feindliche Soldaten getötet werden, die Armee sei nicht verpflichtet, gegnerische Soldaten festzunehmen und sie in Prozessen zu verhören und zu verurteilen.

Die Eingabe der Menschenrechtler hat für wenig Aufsehen gesorgt. Jedes neue Selbstmordattentat verhärtet die Position der Israeli. Dass jede neue Tötungsaktion der Armee die Gewaltspirale weiterdreht – das will jedoch kaum ein Israeli wahrhaben.